

KOMMENTARE

Verheerende Anschlagserie in Brüssel

Mitten ins Herz

Thomas Seim



Der französische Präsident Hollande spricht von Kaltblütigkeit, mit der man dem Terror begegnen müsse. Kann man das? Kann man kaltblütig bleiben angesichts dieses menschenverachtenden Gewaltszenarios, das gestern Dutzende Menschen tötete und über hundert zum Teil schwer verletzte? Wenn Kaltblütigkeit nicht Vergeltung meinte, nicht kaltblütige Rache an den Terroristen, sondern überlegtes Handeln gegen Kriminelle, dann werden wir alle einen Weg finden müssen, der uns dieses Handeln möglich macht.

Kaltblütig im menschenverachtenden Sinn sind Terroristen. Sie nehmen unschuldige Menschen in Haft für ein Kriegsgeschehen, dessen sie anders nicht Herr werden. Menschen wie du und ich, die nur zufällig und ohne Schuld zur falschen Zeit am falschen Ort waren. Sie wurden gestern von kaltblütigen Killern bestialisch ermordet oder schwer verletzt. Ihnen gilt unsere Trauer, ihren Angehörigen unser Mitgefühl.

Kaltblütig treffen diese skrupellosen Verbrecher das aufgeklärte Leben in Europa mitten ins Herz. Gegen diesen Terror kann sich eine offene Gesellschaft – und sei sie noch so wehrhaft – nicht verteidigen. Nicht mal dem türkischen Halbdiktator-Präsidenten Erdogan gelingt dies. In Europas demokratisch verfassten, freiheitlichen Staaten ist ein lückenloser Schutz gegen diese feige Mörderbande nicht zu schaffen.

Das ist in Deutschland schon Ende der 70er Jahre im Kampf

gegen den RAF-Terror kaum gelungen. In der Tat: Erstmals seit damals gibt es wieder Anlass zur Furcht in großen Menschenmassen an zentralen Orten. Jeder für sich prüft seit gestern wieder genauer, beobachtet misstrauischer und handelt defensiver in der Öffentlichkeit.

Das ist ja das Ziel des Terrors, dass er die Angst wachsen lässt und die Freiheit des Lebens zerstört. Diese Freiheit ist aber der Markenkern unseres Europas. Wenn wir ihn beschädigen lassen, lassen wir die europäische Einigung, unsere Kultur, unsere Lebensqualität beschädigen. Das ist das Herz Europas. Nicht weniger steht hier auf dem Spiel.

Wir werden nun in den nächsten Tagen untersuchen, prüfen, ermitteln. Wir werden finden, dass es Fehler gab, ohne die man die Anschläge hätte verhindern können. Wir werden Fragen haben und wir werden das Versagen Einzelner oder einer Struktur ermitteln und Schlussfolgerungen ziehen. Wir werden uns mit der Frage beschäftigen, wie wir uns in Deutschland gegen solche näher gekommenen Gefahren schützen. Wir werden Schuldige und Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit finden.

Aber die wichtigste Frage, die Europa beantworten muss: Lassen wir uns mitten ins Herz treffen? Töten die Mörder von Brüssel auch unser aufgeklärtes freies Leben? Wir würden gut daran tun, die Antwort mit kühlem Kopf zu geben – aber nicht kaltblütig. *thomas.seim@ihr-kommentar.de*

Titelseite

Von Sina Wollgramm und Florian Pfitzner

■ **Bielefeld/Düsseldorf.** Ein Europäisches Polizeiamt (Europol), 28 Staaten und nur fünf Länder leiten ihre geheimen Informationen überhaupt an Europol weiter. Diese Art der Zusammenarbeit kritisiert Elmar Brok (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, vor dem Hintergrund der Anschläge in Brüssel. „Die Geheimniskrämerei muss aufhören“, fordert der aus Verl stammende EU-Politiker, der selbst in Brüssel fest saß – das EU-Parlament blieb kurzfristig gesperrt.

„Wir haben Europol“, sagt Brok. „Europol soll Terrorismus europaweit bekämpfen. Nach meinen Informationen ist es aber so, dass nur fünf Länder Europol ihre geheimen Informationen zur Verfügung stellen. Auf diese Art und Weise kann man ein grenzüberschreitendes Phänomen nicht bekämpfen.“

Als Folge dieser nicht vorhandenen Zusammenarbeit nennt Brok das Beispiel des Attentäters, der vor wenigen Wochen vor einer Polizeistation in Paris erschossen wurde: Dieser Attentäter „ist in NRW drei Mal verurteilt worden. Man hatte dessen Daten, er war im Gefängnis. Und die Daten sind nicht weitergegeben worden. In Frankreich wusste man nichts davon. Ich verstehe so etwas nicht. Es sollte endlich einen Datenaustausch geben.“

Um den zu erreichen fordert Brok im Interview mit dem *Europäischen Radionetzwerk (Euranet)* und unserer Zeitung, „dass alle 28 EU-Innenminister gezwungen werden, ihre Daten auszutauschen“.

Brok stellt einen Zusammenhang zur Festnahme von Salah Abdeslam, dem Hauptverdächtigen der Anschläge von Paris, her: „Experten sagen, dass der Fahndungsdruck in diesem Umfeld so groß ist, dass die Verdächtigen, bevor sie gefangen werden können, solche Aktionen starten.“ Auch der belgische Premierminister Charles Michel hatte nach der Festnahme vor Terroranschlägen gewarnt.

Wie wenig vorhersehbar die Anschläge in Brüssel dennoch waren, darüber äußerte sich der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) besorgt. „Erschreckend ist, dass die belgischen Behörden von den Vorbereitungen offenbar nichts mitbekommen haben“, sagte Jäger. Es sei zu befürchten, dass die Islamisten-Szene in Belgien „entgleitet“.

Besorgniserregend sei, „dass es sich offensichtlich nicht um einzelne, sich selbst radikalisierende Täter gehandelt hat, sondern dass man dort strukturiert und abgesprochen vorgegangen ist“, sagte Jäger. Das setze eine Zellenbildung voraus, in der kommuniziert

Terror in Brüssel

Kritik an Sicherheitsdiensten

Datenaustausch: Politiker fordern ein gesamteuropäisches Terrorabwehrzentrum. Alle EU-Geheimdienste sollen ihre Informationen mit Europol teilen



Nach der Explosion: Menschen verlassen die Szene des Terrors am Flughafen Zaventem in unmittelbarer Stadtnähe in Brüssel.

FOTO: REUTERS



Plädiert für Datenaustausch: EU-Politiker Elmar Brok.

FOTO: DPA



Fordert Zusammenarbeit: Armin Laschet (CDU).

FOTO: JONEK



Besorgt: NRW-Innenminister Ralf Jäger.

FOTO: DPA

werde sowie Know-how und Kompetenz beschafft werden müsse. Es sei leichter, solche Zellen zu entdecken als radikalisierte Einzeltäter.

Auch in Deutschland bestehe ein konkretes Anschlagrisiko. „Die Lage ist ernst, sie ist bitterernst“, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière gestern Abend in der ARD. Die Sicherheitsbehörden gingen allen Hinweisen nach, die jeden Tag bei ihnen eingingen. Der Apparat der Sicherheitsbehörden sei bereits hochgefahren und sensibilisiert. Ralf Jäger zufolge gelte es nun, Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen einzu-

leiten, die seit den Anschlägen auf das Satiremagazin *Charlie Hebdo* bereits „auf einem sehr hohen Niveau“ seien. Bund und Länder hätten entschieden, die Schutz- und Kontrollmaßnahmen noch zu erhöhen.

NRW CDU-Vize Armin Laschet fordert: Mehr als je zuvor müsse Europa nun „gemeinsam den Kampf um seine Werte annehmen“. Die Anschläge verdeutlichten, dass Europa eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur brauche. Dazu gehörten ein gemeinsames Terrorabwehrzentrum, aber auch ein automatischer Datenaustausch

zwischen allen Sicherheitsbehörden. Der Vorsitzende der Bundespolizei in der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ernst Walter, wies auf Defizite in der Ausrüstung der Bundespolizisten zum Schutz vor terroristischen Anschlägen hin. So würden die „Westen nicht gegen Kalaschnikow-Beschuss schützen“. Es fehle an schusssicheren Helmen und an Maschinenpistolen mit höherer Durchschlagskraft gegen die militärische Bewaffnung von Terroristen.

In einem sind sich die Experten einig: „Absolute Sicherheit wird es nie geben.“

SPLITTER

Milliarden für Sicherheit

■ **Berlin** (rtr). Die Anschläge in Brüssel haben laut deutschem Umweltministerium momentan keine Auswirkungen auf die Sicherheit deutscher Atomanlagen. Eine Sprecherin teilte mit, es lägen aktuell keine Erkenntnisse vor, die auf eine konkrete Gefährdung der deutschen Atomkraftwerke hinweisen.

Reaktion auf Festnahme

■ **Berlin** (dpa). Der Terrorexperte Rolf Tophoven sieht die Anschläge in Brüssel als direkte Reaktion auf die Festnahme des mutmaßlichen Top-Terroristen Salah Abdeslam. Er gehe davon aus, dass das Umfeld Abdeslams zeigen wolle, dass es nicht operativ geschwächt sei, so Tophoven.

Behörde: Netz freihalten

■ **Brüssel** (dpa). Das Krisenzentrum des belgischen Innenministeriums hat Internet-Nutzer zum vorläufigen Verzicht auf Musik- und Video-Streaming aufgerufen. „Haltet das Internet frei für Kommunikation“, twitterte die Behörde.

Drei Tage Staatstrauer

■ **Brüssel** (dpa). Nach den Anschlägen mit mindestens 34 Toten verhängt die belgische Regierung eine dreitägige Staatstrauer.

Muslime entsetzt

■ **Köln** (dpa). Der Zentralrat der Muslime hat die Terroranschläge scharf verurteilt. Vorsitzender Aiman Mazyk sagte, Terroristen, „egal welcher Couleur“, müsse entgegen werden: „Euch wird der Zorn Gottes und der gesamten Menschheit treffen. Diese Schandtat wird niemals Erfolg haben.“

Kritik aus Syrien

■ **Berlin** (rtr). Die syrische Regierung hat die Anschläge von Brüssel verurteilt und zugleich als Konsequenz einer verfehlten Politik Europas und des Westens im Nahen Osten bezeichnet. Die Attentate seien die „zwangsläufigen Folgen einer falschen Politik und von Toleranz gegenüber dem Terrorismus“, heißt es.

Trauerbeflaggung

■ **Berlin** (dpa). Als Reaktion auf die Terroranschläge in Brüssel hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) für Mittwoch bundesweite Trauerbeflaggung an den obersten Bundesbehörden angeordnet. Dies geschehe als Zeichen der Anteilnahme und Solidarität mit dem belgischen Volk.

Tim und Struppi weinen

■ **Paris** (AFP). Die Anschläge haben eine Welle der Solidarität in den sozialen Netzwerken ausgelöst. Viele Nutzer posteten Bilder, auf denen die belgischen Comic-Helden Tim und Struppi mit Tränen in den Augen um die Opfer trauern. Belgien werde sich nicht in die Knie zwingen lassen, twitterte ein Anwalt und fügte hinzu: „Lang lebe die Fritte.“

BILDER EINES SCHRECKENSTAGES



Gesichert: Ein Soldat versperrt den Zugang zur Metro. FOTO: AFP



Gestrichen: Viele Flüge von und nach Brüssel wurden gecancelt. An einigen Flughäfen kam es deshalb zu langen Wartezeiten. FOTO: RTR



Zeigt sein Bedauern: Ein junger Flüchtling in Idomeni. FOTO: AFP



Kurze Verschnaufpause: Feuerwehrmänner verlassen die Metrostation an der Rue de la Loi, die vollständig gesperrt wurde. FOTO: DPA



Mit Polizeieskorte: Ein Bus am Flughafen. FOTO: AFP